

https://www.chip.de/news/WhatsApp-Konkurrenz-Messenger-Telegram-sendete-Daten-Behoerden-weiter_184419533.html 13.9.2022

WhatsApp-Konkurrent Telegram hat Nutzerdaten an deutsche Behörden weitergegeben

Der WhatsApp-Konkurrent Telegram hat dem BKA zufolge Nutzerdaten an deutsche Behörden gesendet. Damit hätten die Entwickler ihr größtes Nutzerversprechen gebrochen.

Telegram hatte erst vor wenigen Tagen eine Umfrage in seiner App unter den Nutzern gemacht, ob man Daten an die deutschen Behörden weiterleiten solle.

Wie nun berichtet wird, hatte das Bundeskriminalamt 202 Bestandsdaten Anfragen an Telegram übermittelt. Der Messengerdienst hatte davon 64 beantwortet und in 25 Fällen Nutzerdaten an das BKA übermittelt.

Hat Telegram sein Nutzerversprechen gebrochen?

Bisher feierte Telegram sich ja damit, dass man keine Nutzerdaten an Behörden weitergeben würde. Deshalb ist der Messengerdienst ja auch in bestimmten Kreisen so beliebt. Doch man sieht, dass auch Telegram nicht über dem Gesetz steht und dann in einigen Fällen klein beigeben muss.

Ferner gab es auch von den deutschen Behörden die Bitte, bestimmte Inhalte auf Telegram zu löschen. Auch hier gab man mehreren hundert Löschbitten dann am Ende nach.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-visa-erleichterungen-fuer-russen-ab-sofort-ausgesetzt-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220912-99-725255> 12.9.2022

Visa-Erleichterungen für Russen ab sofort ausgesetzt

Brüssel (dpa) - Russische Bürger profitieren von diesem Montag an nicht mehr von einer erleichterten Visa-Vergabe für Reisen nach Deutschland und in andere Staaten des Schengen-Raums. Das zwischen der [EU](#) und

Russland geschlossene Abkommen zur Erleichterung der Visa-Vergabe ist nach einem Beschluss der EU-Staaten von vergangener Woche für russische Staatsbürger nun komplett ausgesetzt.

So soll die Zahl der neuen Visa für Russen deutlich sinken. Zum Schengen-Raum gehören 22 EU-Staaten und 4 weitere europäische Länder.

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/kabinett-beschliesst-buergergeld-hartz-iv-gehoert-bald-der-vergangenheit-an-a3964404.html>

14.9.2022

Kabinett beschließt Bürgergeld – Hartz IV gehört bald der Vergangenheit an

Das Bürgergeld, das die Ministerrunde am Mittwoch auf den Weg gebracht hat, wird das bisherige System der Grundsicherung ersetzen. Es ist die wohl größte Sozialreform der Regierung. Die SPD, durch „Hartz IV“ in eine Identitätskrise gestürzt, hofft, ihr sozialpolitisches Profil schärfen zu können. Die Union übt Kritik.

Das Bundeskabinett hat grünes Licht für die Einführung des [Bürgergelds](#) in Deutschland gegeben. Es soll zum 1. Januar das heutige Hartz-IV-System ablösen. Die Regelsätze der Grundsicherung sollen dabei deutlich steigen. So sollen Alleinstehende 502 Euro im Monat erhalten und Jugendliche 420 Euro. Heute erhalten Alleinstehende 449 Euro. Zudem sollen Arbeitssuchende in den Jobcentern künftig weniger Druck ausgesetzt sein. Abgeschafft werden soll das Prinzip, nach dem die Vermittlung in einen Job Vorrang hat. Stattdessen soll Weiterbildung gestärkt werden.

Die Kosten für die Wohnung sollen in den ersten beiden Jahren künftig auf jeden Fall voll übernommen werden. Auch Ersparnisse bis zu 60.000 Euro soll man in dieser Zeit behalten dürfen. Mit dem Kabinettsbeschluss ist der Weg für die parlamentarischen Beratungen der Sozialreform frei.

Gleichzeitig soll es für weniger bürokratische Hindernisse sorgen. Beim

Thema Sanktionen hatte es lange Streit in der Koalition gegeben. Künftig sollen diese vor allem in den ersten sechs Monaten beim Versäumen von Terminen oder Fristen eine Ausnahme bleiben.

<https://ansage.org/deutschland-bereitet-sich-akut-auf-die-folgen-von-habecks-zerstoerungspolitik-vor/> 11.9.2022

Deutschland bereitet sich akut auf die Folgen von Habecks Zerstörungspolitik vor

Es ist so weit: Da die grünen Ideologen nach ihrer erfolgreichen mutwilligen Zerrüttung der Gasversorgung unbeirrt an ihrem Wahnsinnskurs der Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke festhalten und ihnen anscheinend niemand dabei Einhalt gebietet, bleibt den Kommunen und dem Katastrophenschutz keinen andere Wahl, als sich konkret auf den Worst Case vorzubereiten.

Mit welchen katastrophalen Zuständen im Falle eines Energiekollaps (wie er durch die Zerstörungspolitik Robert Habecks und des ihn schlafwandlerisch gewähren lassenden Bundeskanzlers bewusst provoziert wird) ganz konkret zu rechnen ist, zeigt erstmals eine [Analyse, die der Kreis Rheingau-Taunus von dem Berliner Unternehmen KomRe durchführen ließ](#). In diesem werden die Auswirkungen eines möglichen Blackouts untersucht – exemplarisch am Fall dieses einzigen, mittelgroßen Landkreises (zur Info: Es gibt, inklusive kreisfreier Städte, 401 in Deutschland!). Wohlgermerkt handelt es sich dabei nicht um ein Gedankenexperiment, eine akademische Theoriestudie für einen hypothetischen Fall, sondern um die Vorbereitung auf ein konkretes, für realistisch und in Kürze bevorstehend erachtetes Ereignis.

Demzufolge wäre [innerhalb von 96 Stunden mit 400 Toten](#) zu rechnen – wohlgermerkt nur in diesem einen, zudem eher ländlich geprägten Landkreis. Bereits binnen 24 Stunden würden Nutztiere sterben, Umspannwerke würden ausfallen und Wasserbehälter leerlaufen.

Als unmittelbare Folge wäre – wegen der Verknappungslage, aber auch als Folge inaktiver technischer Sicherheitsvorkehrungen – mit Plünderungen, Bränden und einem wirtschaftlichen Schaden in dreistelliger Millionenhöhe zu rechnen.

Stromausfall weitaus brisanter als Gasausfall

Kreisbrandinspektor Christian Rossel hält die Gefahr eines Blackouts für derzeit die wahrscheinlichste. Ein Gasmangel, auf dem man sich ebenfalls vorbereite, werde nicht die schnellen und dramatischen Folgen haben wie ein umfassender Stromausfall, da ohne Elektrizität praktisch nichts mehr funktioniere. Zuerst würden Internet, Festnetztelefonie und Heizungsanlagen ausfallen, kurz darauf auch das Mobilfunknetz und der Digitalfunk.

An Tankstellen gäbe es kein Benzin mehr, Lebensmittel und lebenswichtige Medikamente könnten nicht mehr gekühlt werden, auch elektronische Geld- und Bezahlssysteme würden ausfallen. Wie lange Kliniken, Pflegeeinrichtungen, Wasserver- und -entsorgung dann noch funktionieren würden, hänge von deren jeweiliger Ausstattung ab. Da man die Stromversorgung auf lokaler Ebene im Kreis nicht mehr sicherstellen könne, müssten sich die Bürger selbst vorsorgen.

<https://test.rtde.tech/meinung/147628-okotage-neue-form-klima-terrorismus/> 14.9.2022

Ökotage: Die neue Form des Klima-Terrorismus

Der anarchistische und linksextreme Klima-Terrorismus geht in eine neue Runde. Er wendet sich gegen "die Abschachtung der Ökosphäre" durch die "Verbrecher des fossilen Kapitals". Man solle sich vor Augen halten, wie einfach es sei, Tankstellen und Pipelines in die Luft zu sprengen oder SUVs zu zerstören. Für die Anarchisten ist das lediglich ein "Ökotag", eine Sabotage aus ökologischen Gründen.

Kids, die auf die Straße gehen? Klima-Protestler, die sich auf die Straße kleben? Vergessen Sie diesen Kindergartenkram, denn die linken

Anarchisten bereiten sich im Namen des Klimas auf viel radikalere Aktionen vor.

..... In ultralinken Foren [Enough 14](#) oder [Anarchistische Föderation](#) wird schon lange darüber diskutiert, was man tun kann, wenn friedliche Massenmobilisierungen den Kurs der Klimapolitik nicht ändern können. Wird es Zeit, sich radikalere Formen des Widerstands gegen den "fossilen Kapitalismus" auszudenken?

Wie einfach es ist, Tankstellen in die Luft zu sprengen

Der britische Schriftsteller John Lanchester veröffentlichte bereits im Jahr 2007 in der London Review of Books seinen Essay "[Warmer, Warmer](#)", der mit folgender Frage beginnt:

"Es ist seltsam und auffällig, dass Klima-Aktivistinnen keine terroristischen Akte begangen haben. Schließlich ist Terrorismus für den Einzelnen die bei Weitem effektivste Form der politischen Aktion in der modernen Welt, und der Klimawandel ist ein Thema, das den Menschen genauso am Herzen liegt wie zum Beispiel die Rechte der Tiere.

Das wird besonders deutlich, wenn du dir vor Augen hältst, wie einfach es ist, Tankstellen in die Luft zu sprengen oder SUVs zu zerstören. In einer Stadt von der Größe Londons könnten ein paar Dutzend Menschen in kurzer Zeit den Besitz dieser Autos praktisch unmöglich machen. Sagen wir, fünfzig Leute, die einen Monat lang jede Nacht vier Autos zerstören: sechstausend zerstörte SUVs in einem Monat und die Chelsea-Traktoren würden bald von unseren Straßen verschwinden. Warum passiert so etwas also nicht?"

Klare Worte, die in einigen anarchistischen Kreisen scheinbar auf fruchtbaren Boden treffen.

<https://jungfreiheit.de/kultur/medien/2022/neue-enthuellung-ard-und-zdf-intendanten-ohne-kontrolle/> 13.9.2022

Neue Enthüllung: ARD- und ZDF-Intendanten ohne Kontrolle

BERLIN. Fünf der neun ARD-Intendanten und der ZDF-Intendant genehmigen sich ihre Dienstreisen selbst. Unter anderem beim Saarländischen Rundfunk, beim SWR, RBB und beim NDR müssen die Intendanten ihre Ausgaben dafür mit niemandem absprechen. Das hat eine Recherche der Welt am Sonntag ergeben.

Teilweise genehmigen sich demnach die Intendanten, die meist ohnehin schon mehr verdienen als der Bundeskanzler, ihre Ausgaben selbst, teilweise müßten sie diese nur einmal im Jahr den Verwaltungsräten mitteilen. Da es sich hier um die Verwendung von zwangsweise erhobenen Gebühren handelt, war ein kontrollierter Umgang damit zu erwarten gewesen.

RBB und NDR wollen nachbessern

Beim RBB war die fehlende Kontrolle jahrelang Standard. Nun räumt der Sender ein, der durch Vetternwirtschaft und Gebührenmißbrauch in die Schlagzeilen geraten ist, dies sei ein „Mangel“ gewesen, der behoben werde. Auch der NDR, gegen den es ebenfalls schwere Vorwürfe gibt, verspricht nach der Enthüllung nun Besserung.

Der Deutschlandfunk dagegen läßt Abrechnungen von einem externen Dienstleister prüfen und freigeben. Ähnliche Regelungen könnte es laut des Zeitungsberichtes nun bald im gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk geben. (fh)